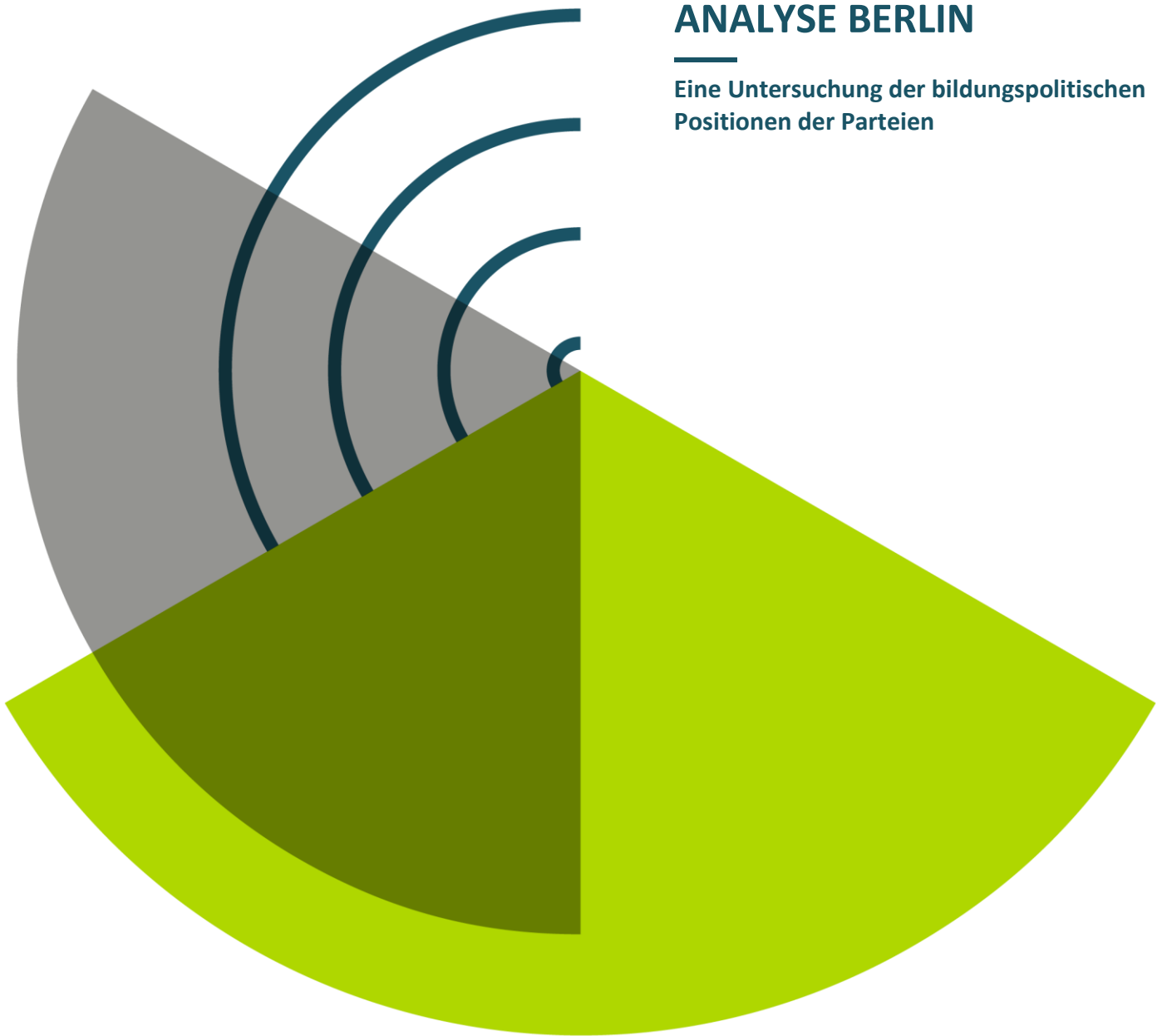




STIFTERVERBAND

WAHLPROGRAMM- ANALYSE BERLIN

Eine Untersuchung der bildungspolitischen
Positionen der Parteien



EXECUTIVE SUMMARY

Mit der Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin am 20. September 2026 werden wichtige bildungspolitische Weichen für die kommenden Jahre gestellt. Trotz insgesamt günstiger Prognosen für die Lehrkräfteversorgung bestehen weiterhin erhebliche Herausforderungen: Entlang der Lehrkräftebildung gehen viele angehende Lehrkräfte verloren, und insbesondere für berufliche Schulen drohen auch künftig Engpässe. Gleichzeitig zeigen aktuelle Studien sinkende Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern. Die vorliegende Analyse untersucht die bildungspolitischen Positionen der Parteien zur Lehrkräftebildung sowie zur schulischen und außerschulischen Potenzialförderung.

Aus Sicht des Stifterverbandes sollte die künftige Landesregierung die Weiterentwicklung der Lehrkräftebildung zur Priorität machen. Ein zentraler Hebel: den Schwund entlang der Ausbildungskette verringern. Obwohl Berlin bereits flexible Zugangswege etabliert und weiterentwickelt hat, gehen zwischen dem Beginn des Lehramtsstudiums und dem erfolgreichen Abschluss des Referendariats weiterhin viele potenzielle Lehrkräfte verloren. Ergänzend braucht es qualitätsgesicherte und flexible Zugangswege, etwa durch Quer- und Seiteneinstieg, duale Studienmodelle, Ein-Fach-Lehrämter sowie eine stärkere Einbindung von Hochschulen für Angewandte Wissenschaften, insbesondere für die Gewinnung von Lehrkräften an beruflichen Schulen.

Die Analyse zeigt, dass die Sicherung des Lehrkräftebedarfs von allen Parteien als wichtige bildungspolitische Aufgabe erkannt wird. Die vorgeschlagenen Maßnahmen konzentrieren sich jedoch häufig auf Personalbindung, bessere Arbeitsbedingungen, Entlastung der Lehrkräfte oder die Gewinnung zusätzlicher Zielgruppen. Zentrale Handlungsbedarfe, etwa die systematische Reduktion der Schwundquoten oder die langfristige Sicherung des Nachwuchses für das Lehramt an den beruflichen Schulen, werden dagegen kaum adressiert.

Auch die Bedeutung schulisch-außerschulischer Kooperationen wird parteiübergreifend anerkannt. Die Wahlprogramme setzen dabei insbesondere auf Ganztag, Berufsorientierung, Demokratiebildung sowie die Zusammenarbeit mit Kultur-, Bildungs-, Sozial- und Wirtschaftspartnern. Dadurch entstehen wichtige Ansatzpunkte für eine stärkere Öffnung von Schule und eine bessere Vernetzung im Sozialraum. Mit Blick auf die Herausforderungen der Kompetenzentwicklung bleiben jedoch zentrale Potenziale ungenutzt. Es fehlt eine übergreifende Gesamtstrategie mit klaren Zielen, Qualitätsstandards und Unterstützungsstrukturen für schulisch-außerschulische Kooperationen. Zudem wird das Potenzial außerschulischer Bildungsangebote zur Förderung von MINT-Kompetenzen, Basiskompetenzen sowie sozial-emotionalen und überfachlichen Kompetenzen nur punktuell genutzt. Auch wirksame Enrichment-Angebote wie Schülerakademien, Schülerlabore oder Strategien zur stärkeren Beteiligung an Schülerwettbewerben spielen in den Wahlprogrammen kaum eine Rolle.

Fazit: Die zentralen Herausforderungen des Berliner Bildungssystems werden erkannt. Umfassende Konzepte zur nachhaltigen Sicherung des Lehrkräftebedarfs sowie zur strategischen Verankerung schulisch-außerschulischer Kooperationen als Bestandteil eines leistungsfähigen und chancengerechten Bildungssystems bleiben jedoch vielfach aus.

1. EINLEITUNG

Deutschland braucht ein Bildungssystem, in dem alle Jugendlichen – unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder sozialem Hintergrund – ihr volles Potenzial entfalten und in Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft einbringen können. Unser Ziel muss es sein, junge Menschen bestmöglich auf eine Welt vorzubereiten, in der das einzig Beständige die Veränderung ist. Allerdings steht das Bildungssystem unter erheblichem Druck: Lehrkräftemangel, wachsende Bildungsungleichheiten und sinkende Bildungsleistungen gefährden die Zukunftschancen junger Menschen und die Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft. Die anstehende Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus ist daher auch eine bildungspolitische Richtungsentscheidung darüber, wie die Zukunftsfähigkeit des Bildungssystems gesichert werden kann.

Vor diesem Hintergrund hat der Stifterverband die bildungspolitischen Positionen im Wahlprogramm der politischen Parteien analysiert. Die Untersuchung orientiert sich an den Zielen der [Zukunftsmission Bildung](#) des Stifterverbandes, die die Stärkung von Chancengerechtigkeit, Bildungsqualität und Innovationsfähigkeit im Bildungssystem in den Mittelpunkt stellt, und konzentriert sich auf zwei, aus Sicht des Stifterverbandes, besonders relevante Herausforderungen: die Gewinnung und Qualifizierung von Lehrkräften sowie die Förderung systematischer schulisch-außerschulischer Kooperationen. Ziel der Analyse ist es, die bildungspolitischen Konzepte der Parteien entlang dieser Themenfelder vergleichend einzuordnen.

Die Analyse umfasst die Wahlprogramme aller Parteien, die derzeit im Abgeordnetenhaus von Berlin oder im Deutschen Bundestag vertreten sind, darunter auch die AfD. Im Bund und in verschiedenen Bundesländern wird die Partei als rechtsextremistischer Verdachtsfall oder als gesichert rechtsextremistisch geführt, da Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung vorliegen. Dennoch hat sich der Stifterverband für die Einbeziehung des Wahlprogramms der AfD in die Analyse entschieden und deren bildungspolitische Positionen nach denselben Kriterien analysiert. Der Stifterverband möchte damit zu einer differenzierten und sachorientierten Auseinandersetzung und Transparenz beitragen.

2. LEHRKRÄFTEBILDUNG

Gut qualifizierte Lehrkräfte sind eine der zentralen Voraussetzungen für ein erfolgreiches Bildungssystem. Nur wenn diese in hinreichender Zahl vorhanden sind und bedarfsgerecht qualifiziert werden, kann das Bildungssystem seinen Beitrag zur Bewältigung aktueller und zukünftiger Aufgaben leisten und Teilhabe und Erfüllung von Lebensplänen junger Menschen realisieren. Daher adressiert die [Allianz für Lehrkräfte](#) in der [Zukunftsmission Bildung](#) den Mangel an Lehrkräften und hat sich zum Ziel gesetzt, die bis zum Jahr 2030 prognostizierte Lücke von deutschlandweit bis zu 68.000 Lehrkräften zu halbieren.

Der Einstellungsbedarf in Berlin liegt für den Zeitraum 2027 bis 2035 gemäß der [KMK-Modellrechnung zum Lehrkräfteeinstellungsbedarf und -angebot](#) bei voraussichtlich insgesamt 14.045 Personen (ausgenommen sind hier die sonderpädagogischen Lehrämter sowie die Lehrkräfte für Fachpraxis). Das verfügbare Angebot wird sich demgegenüber wohl auf rund 17.496 Lehrkräfte belaufen. Dies entspricht über alle Lehrämter hinweg einer Deckung von ca. 125 Prozent. Gleichwohl ist für den berufsbildenden Bereich mit einer Deckungslücke von 30 Prozent zu rechnen.

In den Jahren 2020 bis 2024 nahmen in Berlin im Durchschnitt jährlich 2.680 Studierende ein Lehramtsstudium auf.¹ Bis zum Übergang in den Master of Education verringerte sich die Zahl der Studierenden deutlich: Jährlich begannen im Durchschnitt 45 Prozent weniger Personen ein Master- als zuvor ein Bachelorstudium im Lehramt. Absolventinnen und Absolventen des Referendariats deckten weniger als die Hälfte der

¹ Exkludiert sind 230 Personen, die jährlich innerhalb des Lehramtsstudiums wechselten (etwa von Lehramt an Integrierten Sekundarschulen und Gymnasium zu Lehramt an Grundschulen), sowie 190 Studierende, die gleichzeitig an einer weiteren Hochschule immatrikuliert waren.

Neueinstellungen ab. Rund 20 Prozent der neu eingestellten Lehrkräfte waren Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger.

Um den Lehrkräftebedarf in Berlin auch künftig nachhaltig decken zu können, bieten sich aus Sicht des Stifterverbandes folgende Handlungsoptionen an:

- Maßnahmen zur Reduzierung des Schwunds im Lehramtsstudium und Vorbereitungsdienst priorisieren
- Quer- und Seiteneinstiege qualitativ absichern, insbesondere durch systematische Nachqualifizierung, Begleitung und bessere Karriereperspektiven
- Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAW) stärker in die Lehrkräftebildung einbeziehen, insbesondere für berufliche Fachrichtungen
- Flexible Ausbildungswege ausbauen, etwa duale und Ein-Fach-Lehramtsstudiengänge, und erfolgreiche Modellprojekte verstetigen.

Analyse des CDU-Wahlprogramms

Die CDU Berlin legt für die Lehrkräftegewinnung in ihrem Wahlprogramm einen Fokus auf die berufsbegleitende Qualifizierung von Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern und verweist auf die Einführung der verschiedenen Q-Master-Modelle. Die Wiedereinführung der Verbeamtung sieht sie zudem als zentralen Baustein zur Lehrkräftegewinnung. Sie setzt außerdem auf multiprofessionelle Teams, die die Arbeit der Lehrkräfte ergänzen und Schulen somit entlasten sollen. Dies ist zwar begrüßenswert, trägt aber nicht zur Reduktion des Lehrkräftemangels bei. Eine Strategie für Seiteneinsteigende oder Einbindung von HAW für die Gewinnung von Berufsschullehrkräften werden nicht genannt.

Somit bleiben relevante strategische Hebel zur Weiterentwicklung der Lehrkräftebildung oder auch Ansätze, wie dem Schwund im Lehramtsstudium begegnet werden kann, unberücksichtigt.

Analyse des SPD-Wahlprogramms

Das SPD-Wahlprogramm verfolgt vor allem eine qualitative Bindungs- und Professionalisierungsstrategie. Eine praxisorientierte Professionalisierung soll gegenüber reiner Fachlichkeit priorisiert und in diesem Sinne die Schools of Education als zentrale Struktur der Lehrkräftebildung gestärkt werden.

Um der Lehrkräftelücke zu begegnen, sollen Lehrkräfte mit internationalen Qualifikationen unter Ausnutzung länderübergreifend vereinbarter Spielräume leichter anerkannt und bei den Sprachanforderungen flexibler behandelt werden. Des Weiteren sollen multiprofessionelle Teams sowie Verwaltungs-, IT- und Schulsozialpersonal Lehrkräfte von fachfremden Aufgaben entlasten, Lehrkräfte ihre Stunden systematisch erfassen und die erhöhte Unterrichtsverpflichtung im Referendariat wieder zurückgenommen werden.

Das SPD-Wahlprogramm enthält keine explizite Strategie für Quer- und Seiteneinsteigende. Auch lassen sich keine konkreten Aussagen zur Weiterentwicklung der Lehrkräfteausbildung hinsichtlich Ein-Fach-Lehramt beziehungsweise HAW-Beteiligung an Studiengängen für berufliche Schulen im Wahlprogramm finden.

Analyse des GRÜNEN-Wahlprogramms

Die Grünen setzen auf Strategien der Personalbindung, insbesondere durch bessere Arbeitsbedingungen für Lehrer, machen jedoch keine Aussage zur Veränderung und Weiterentwicklung der Studienstrukturen für das Lehramt. Multiprofessionelle Teams und eine systematische Arbeitszeiterfassung sollen Lehrkräfte entlasten; die Unterrichtsverpflichtung im Referendariat soll wieder sinken. Begrüßenswert sind die Überlegungen, Lehrkräfte mit internationalen Abschlüssen leichter in den Berliner Schuldienst zu integrieren, sowie die Lehrkraft mit einem Fach einzuführen.

Das Wahlprogramm der Grünen enthält keine explizite Strategie für Quer- und Seiteneinsteigende. Personen ohne pädagogische und fachdidaktische Ausbildung sollen jedoch vor dem Einsatz oder spätestens zu Beginn ihrer Tätigkeit an Schulen berufsbegleitend so vorbereitet werden, dass sie Unterricht fachgerecht

erteilen können. Aus Sicht des Stifterverbandes ist die Verbindung von Öffnung und verbindlicher Qualifizierung richtig. Unklar bleiben jedoch, wie letztere erfolgen soll. Auch lassen sich keine konkreten Aussagen zur Weiterentwicklung der Lehrkräfteausbildung mit Bezug zur HAW-Beteiligung an Studiengängen für berufliche Schulen im Wahlprogramm finden. Unklar bleibt, warum lediglich Lehrkräfte in der Berufsbildung für den Einsatz von Künstlicher Intelligenz qualifiziert werden sollen. Gemäß Beschluss der Bildungsministerkonferenz vom 10. Oktober 2024 sind Fähigkeiten im Umgang mit KI sind als fester Bestandteil in alle drei Phasen der Lehrkräftebildung – für alle Lehrämter – einzubetten.

Analyse des DIE LINKE-Wahlprogramms

Die LINKE verfolgt in ihrem Wahlprogramm eine klare Strategie zur Deckung des Lehrkräftebedarfs. Sie setzt eine Zielgröße von 3.000 Lehramtsabsolvierenden pro Jahr und will gesetzlich festschreiben, dass Ausbildungskapazitäten am prognostizierten Einstellungsbedarf ausgerichtet werden. Um den lehrkräftebildenden Hochschulen über die Hochschulverträge hinaus zusätzliche Mittel zu geben, fordert sie einen Bundes-Länder-Staatsvertrag zur Finanzierung bedarfsgerechter Lehrkräfteausbildung, der aus Sicht des Stifterverbandes unrealistisch ist. Positiv zu sehen ist der differenzierte und auf dauerhafte Professionalisierung ausgerichtete Ansatz für den Quer- und Seiteneinstieg, die explizite Einbeziehung der HAW (insbesondere für das Lehramt an beruflichen Schulen) und der flexible Ein-Fach-Ansatz – Maßnahmen, die auch der Stifterverband im Masterplan fordert.

Analyse des AfD-Wahlprogramms

Das Wahlprogramm der AfD fordert eine Lehrerausstattung von 110 Prozent – wie diese erreicht werden soll, bleibt vage. Um mehr künftige Lehrkräfte für Mangelfächer zu gewinnen, wird ein Stipendienprogramm für Studienanfänger gefordert, verbunden mit der Verpflichtung zu einer späteren Lehrertätigkeit in Berlin. Des Weiteren wird die schrittweise Umstellung auf eine einphasige Lehrerausbildung in Form eines Dualen Studiums und perspektivisch die Gründung einer Pädagogischen Hochschule vorgeschlagen.

Zwar begrüßt der Stifterverband die Einführung dualer Studienmodelle, aber als Ergänzung des bisherigen Studienangebots und Beibehaltung der bisherigen zweiphasigen Ausbildung. Der komplette Umbau zu einer einphasigen Lehrkräfteausbildung würde die wechselseitige Durchlässigkeit zu anderen akademischen Bildungsgängen erheblich einschränken und verspricht auch keine dauerhafte Deckung des Lehrkräftebedarfs. Unklar bleibt, welche Vorteile in der perspektivisch verfolgten Gründung einer Pädagogischen Hochschule gesehen werden. Überlegungen zur Öffnung des Lehramtsstudiums für weitere Zielgruppen bleiben unberücksichtigt.

3. SCHULISCHE UND AUSSERSCHULISCHE POTENZIALFÖRDERUNG

Immer schneller voranschreitende globale, gesellschaftliche und technische Veränderungen erfordern neue Kompetenzen. Diese Entwicklungen treffen uns alle – und insbesondere Jugendliche, denen sich in der Phase der (beruflichen) Orientierung und der persönlichen Entwicklung entsprechende Herausforderungen ganz besonders stellen. Sie sind gefordert, sich in einer immer komplexeren Welt zurechtzufinden und Kompetenzen zu entwickeln, die sie in einer vielfach noch unklaren Zukunft handlungsfähig machen. Allerdings zeigen aktuelle Studien (IQB-Bildungstrend, 2024; Schulbarometer, 2025) sinkende Kompetenzen in Mathematik und den Naturwissenschaften, geringes schulisches Wohlbefinden und damit sinkende Lernbereitschaft bei Kindern und Jugendlichen.

Schule ist ein zentraler, herausgehobener Bildungsort, weil sie als einzige Institution alle Kinder und Jugendlichen erreicht. Sie kann – und muss – die große Aufgabe, jedem Kind individuell den entsprechenden Kompetenzerwerb zu ermöglichen, jedoch nicht allein erfüllen. Bereits heute stellen auch Stiftungen, Vereine, Unternehmen und weitere Akteure aus dem Sozialraum der Schule vielfältige außerschulische Bildungsangebote bereit. Dazu gehören Schülerwettbewerbe, Sommerakademien, Lernlabore, Unterstüt-

zungsinitiativen zum Lesen, Rechnen und Schreiben, fachliches und soziales Mentoring, Prüfungsvorbereitungen oder Berufsorientierungsangebote. Bislang hängt die Zusammenarbeit jedoch häufig vom Engagement einzelner Lehrkräfte ab und ist nur selten institutionell verankert. Um Kompetenzdefizite abzubauen, Bildungspotenziale besser zu fördern und das Leistungsniveau nachhaltig zu steigern, braucht es systematisch verankerte Kooperationen zwischen Schulen und außerschulischen Bildungsakteuren.

Die [Allianz für Schule Plus](#) in der Zukunftsmission Bildung versteht schulisch-außerschulische Kooperationen als zentralen Baustein eines gerechten und leistungsfähigen Bildungssystems. Ziel ist es, tragfähige Rahmenbedingungen für Kooperationen von Schulen und außerschulischen Akteuren an allen Schulformen zu erarbeiten.

Folgende Handlungsoptionen bieten sich dafür an:

- Landesweite Strategie entwickeln: Eine ressortübergreifende Strategie zum Ausbau schulisch-außerschulischer Kooperationen sollte Ziele, Qualitätsstandards, Zuständigkeiten und Unterstützungsstrukturen definieren.
- Ganztags als Entwicklungsraum nutzen: Der hohe Ausbaustand des Ganztags sollte genutzt werden, um qualitativ hochwertige außerschulische Bildungsangebote stärker in den Schulalltag zu integrieren und individuelle Förderung auszubauen.
- Teilnahme an Enrichment-Programmen erhöhen: Schulen sollten gezielt dabei unterstützt werden, Schülerinnen und Schüler für außerschulische Förderprojekte zu gewinnen, beispielsweise durch Information, Vernetzung und koordinierende Ansprechpersonen.
- Rechtliche Rahmenbedingungen weiterentwickeln: Die Bedeutung schulisch-außerschulischer Kooperationen könnte durch eine stärkere gesetzliche Verankerung und die Bündelung bestehender Regelungen sichtbarer und verbindlicher gemacht werden.

Analyse des CDU-Wahlprogramms

Die CDU misst schulisch-außerschulischen Kooperationen eine hohe Bedeutung bei und greift diese in zahlreichen Bereichen auf. Positiv hervorzuheben sind der qualitative Ausbau des Ganztags mit verbindlichen Kooperationen zu Sportvereinen und Musikschulen, die deutliche Stärkung multiprofessioneller Teams sowie die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Schulen, Kinder- und Jugendhilfe und weiteren Fachkräften. Besonders umfassend fällt die Strategie zur Berufs- und Studienorientierung aus. Die CDU setzt auf feste Partnerschaften von Schulen mit Unternehmen, Hochschulen, Handwerksbetrieben, sozialen Einrichtungen und öffentlichen Arbeitgebern sowie auf Betriebsbesuche, Praxiscamps und Schülerpraktika, unter anderem in Zusammenhang mit einem neuen Wahlfach „Wirtschaft, Handwerk und finanzielle Bildung“. Darüber hinaus sollen Praktiker aus Unternehmen verstärkt in den Unterricht eingebunden und Schülerfirmen gefördert werden. Auch Kooperationen mit Krankenkassen, Sportvereinen, Polizei, Feuerwehr, Bundeswehr, Hilfsorganisationen und Gedenkstätten werden ausdrücklich unterstützt. Positiv hervorzuheben ist zudem die geplante Weiterentwicklung der Koordinierungsstelle Außerschulische Bildung zu einer zentralen Qualitäts- und Beratungsstelle.

Insgesamt enthält das CDU-Wahlprogramm weitreichende Aussagen zu schulisch-außerschulischen Kooperationen. Eine fachbereichsübergreifende Gesamtstrategie mit klar definierten Zielen, Qualitätsstandards und Zuständigkeiten fehlt jedoch. Zwar sollen Kooperationen in den Feldern Berufsorientierung, Demokratiebildung, Gesundheit, Sport und Ganztags systematisch ausgebaut werden, die Potenziale außerschulischer Bildungsakteure für die Förderung von Basiskompetenzen, sozial-emotionalen Kompetenzen und individueller Leistungsförderung werden jedoch nur teilweise berücksichtigt. Auch eine gezielte Strategie zur stärkeren Nutzung außerschulischer MINT-Angebote sowie die systematische Förderung von Enrichment-Programmen wie Schülerakademien oder Schülerwettbewerben über einzelne Maßnahmen hinaus bleiben aus.

Analyse des SPD-Wahlprogramms

Die SPD misst schulisch-außerschulischen Kooperationen eine hohe Bedeutung bei und setzt insbesondere auf deren Einbindung in Ganztags, auf Bewegungsangebote, Demokratiebildung und individuelle Förderung.

Positiv hervorzuheben sind der Ausbau des Flex-Ganztags² bis zu 6. Klasse, die Flexibilisierung der Stunden-
tafel, die stärkere Verzahnung von Unterricht und außerunterrichtlichen Angeboten sowie der Ausbau von
Kooperationen mit Sportvereinen, Musikschulen und außerschulischen Lernorten. Die SPD versteht Träger
außerschulischer Bildung ausdrücklich als unverzichtbare Partner und will ihre Finanzierung durch ein De-
mokratiefördergesetz verlässlicher gestalten. Auch die Förderung multiprofessioneller Teams, die Zusam-
menarbeit mit externen Partnern in der Demokratiebildung sowie die engere Kooperation von Schulen und
Wirtschaft im Bereich der Berufsorientierung stärken schulisch-außerschulische Bildungsangebote. Darüber
hinaus sollen Schulen stärker für den Sozialraum geöffnet und mit Familienzentren vernetzt werden.
Das Wahlprogramm greift die Potenziale außerschulischer Bildungsakteure nur in ausgewählten Bereichen
auf. Während Kooperationen insbesondere in der Demokratiebildung, im Ganztags und in der Berufsorien-
tierung eine wichtige Rolle spielen, bleiben andere zentrale Kompetenzfelder deutlich unterbelichtet. Dies
betrifft vor allem die Förderung von MINT-Kompetenzen, Basiskompetenzen sowie sozial-emotionalen und
weiteren überfachlichen Kompetenzen. Gerade mit Blick auf die bestehenden Herausforderungen im MINT-
Bereich fehlt eine erkennbare Strategie, außerschulische Lernorte und Angebote stärker und systemati-
scher in die schulische Förderung einzubeziehen. Auch Enrichment-Angebote wie Schülerwettbewerbe,
Akademien oder andere Formate der Begabtenförderung werden nicht aufgegriffen. Insgesamt bleibt das
Wahlprogramm damit hinter den Möglichkeiten schulisch-außerschulischer Kooperationen zurück. Über
einzelne Handlungsfelder hinaus fehlt eine fachbereichsübergreifende Gesamtstrategie, die die Zusammen-
arbeit mit außerschulischen Bildungsakteuren systematisch verankert und dafür klare Ziele, Qualitätsstan-
dards sowie verlässliche Unterstützungsstrukturen definiert.

Analyse des GRÜNEN-Wahlprogramms

Die GRÜNEN messen der Öffnung von Schulen in den Sozialraum und schulisch-außerschulischen Koopera-
tionen eine hohe Bedeutung bei und verfolgen einen umfassenden Bildungsansatz, der Lernen ausdrücklich
über den Klassenraum hinausdenkt. Positiv hervorzuheben sind die systematische Förderung kultureller
Bildung, die bessere Verzahnung von Kultur- und Bildungspolitik sowie die angestrebte Zusammenarbeit
zwischen Schulen, Kultureinrichtungen, Musikschulen, Jugendkunstschulen, Sportvereinen und Volkshoch-
schulen. Darüber hinaus sollen Schulen stärker im Sozialraum verankert und mit außerschulischen Lernor-
ten vernetzt werden. Die Weiterentwicklung des Ganztags, die Förderung multiprofessioneller Teams, die
Stärkung von Familienzentren sowie die Zusammenarbeit von Bildungsbereich, Jugendhilfe und weiteren
Unterstützungsstrukturen schaffen gute Voraussetzungen für nachhaltige Kooperationen. Positiv hervorzu-
heben sind zudem die Förderung demokratiebildender Angebote außerhalb des Unterrichts sowie die ver-
pflichtende Begegnung mit verschiedenen Berufsfeldern durch Praktika und Praxistage.

Insgesamt enthält das Wahlprogramm viele Anknüpfungspunkte für schulisch-außerschulische Kooperatio-
nen. Dennoch bleibt offen, mit welchen Qualitätsstandards, Unterstützungsstrukturen und Steuerungsme-
chanismen diese Kooperationen dauerhaft gesichert werden sollen. Eine fachbereichsübergreifende Ge-
samtstrategie für schulisch-außerschulische Kooperationen wird nicht formuliert. Die Potenziale außerschu-
licher Bildungsakteure für die Förderung von Basiskompetenzen, MINT-Kompetenzen und individueller
Leistungsförderung werden nur teilweise aufgegriffen. Zwar werden Medienkompetenzzentren gestärkt,
eine systematische Strategie zur stärkeren Nutzung außerschulischer MINT-Angebote fehlt jedoch. Auch
Enrichment-Programme mit nachgewiesener Wirksamkeit, etwa Schülerwettbewerbe, Schülerakademien
oder Schülerlabore, finden keine Berücksichtigung.

Analyse des DIE LINKE-Wahlprogramms

DIE LINKE misst schulisch-außerschulischen Kooperationen eine hohe Bedeutung bei und verfolgt einen
breiten bildungs- und sozialpolitischen Ansatz. Positiv hervorzuheben sind die geplante Stärkung multipro-
fessioneller Teams, die Förderung politischer Bildung durch Kooperationen mit außerschulischen Trägern

² FlexGanztags ist ein Schulversuch in Berlin, bei dem ein Organisationsmodell des Ganztagsangebots erprobt wird. „FlexGanztags verbindet eine ver-
pflichtende Zeit von 7:30 Uhr bis 14:30 Uhr mit einem FlexModul, welches in der Zeit von 14:30 Uhr bis 16:00 Uhr in offenen interessenbezogenen
Settings lernförderliche Angebote“ in Kooperation mit außerschulischen Partnern macht. (Abgeordnetenhaus von Berlin, 19. Wahlperiode, Drs.
19/18937, Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Franziska Brychcy (LINKE) „Was unternimmt der Senat zur Stärkung der Berliner Grundschule?“
vom 23.04.2024, Antwort des Senats vom 06.05.2024, S. 6)

sowie die intensive Förderung außerschulischer Bildungsangebote im Ganztage. Die Partei setzt sich ausdrücklich für die Stärkung der vielfältigen außerschulischen Bildungslandschaft Berlins ein und will Kooperationen zwischen Schulen und außerschulischen Angeboten intensivieren. Jugendkunstschulen, Musikschulen, Gartenarbeitsschulen und weitere Lernorte sollen gestärkt werden. Auch die Förderung demokratischer Beteiligung, die Stärkung von Medienkompetenzzentren, die Unterstützung von Jugendfreizeiteinrichtungen sowie die Öffnung schulischer Infrastruktur für den Sozialraum schaffen gute Voraussetzungen für eine stärkere Vernetzung schulischer und außerschulischer Bildungsangebote. Besonders hervorzuheben ist zudem die umfangreiche Strategie zur Berufsorientierung mit Werkstätten, Praktika, Praxislerngruppen und Schulpatenschaften.

Insgesamt bleibt das Wahlprogramm dennoch hinter den Potenzialen schulisch-außerschulischer Kooperationen zurück. Zwar werden zahlreiche Kooperationsfelder benannt, eine fachbereichsübergreifende Gesamtstrategie mit klaren Qualitätsstandards, Zielen und Unterstützungsstrukturen fehlt jedoch. Die Finanzierung der Maßnahmen wird zwar häufig hervorgehoben, es bleibt jedoch offen, woher die dafür erforderlichen Mittel kommen sollen. Die Potenziale außerschulischer Bildungsakteure für die Förderung von MINT-Kompetenzen und Basiskompetenzen werden nur begrenzt berücksichtigt. Auch eine systematische Strategie zur stärkeren Nutzung außerschulischer MINT-Angebote findet sich nicht. Enrichment-Programme mit nachgewiesener Wirksamkeit, insbesondere Schülerwettbewerbe, Akademien oder Schülerlabore, werden ebenfalls nicht aufgegriffen.

Analyse des AfD-Wahlprogramms

Wie beschrieben, bildet Schule den herausgehobenen Bildungsort, der als einziger alle Kinder und Jugendlichen erreicht. Nur hier kann sichergestellt werden, dass in Kooperation mit anderen Bildungsakteuren jede und jeder individuell angemessen gefördert wird. Die laut Wahlprogramm geplante Einführung von Ausländerregelklassen, die sich „möglichst nach den Curricula der Herkunftsländer“ richten, steht diesem Anspruch entgegen. Sie würde Diskriminierung und Segregation verstärken und die individuelle Förderung in einem gemeinsamen schulischen Umfeld erheblich erschweren. Damit besteht die Gefahr, bereits vorhandene herkunftsbedingte Bildungsungleichheiten weiter zu verschärfen.

Die AfD greift schulisch-außerschulische Kooperationen nur punktuell auf. Positiv hervorzuheben sind die Unterstützung von Kooperationen mit Unternehmen im Bereich der Berufsorientierung, die Förderung von Schülerwettbewerben sowie die geplante Zusammenarbeit von Schulen und Musikschulen im Rahmen musikalischer Bildung. Darüber hinaus setzt sich die Partei für den Ausbau der Jugendberufsagenturen sowie die Förderung handwerklicher Bildung ein.

Insgesamt bleibt das Wahlprogramm jedoch deutlich hinter den Potenzialen schulisch-außerschulischer Kooperationen zurück. Kooperationen werden im Wesentlichen auf Berufsorientierung, musikalische Bildung und einzelne Wettbewerbsformate beschränkt. Die Potenziale außerschulischer Bildungsakteure für die Förderung von Basiskompetenzen, Demokratiebildung, sozial-emotionalen Kompetenzen und individueller Förderung werden nicht berücksichtigt. Zudem grenzt die AfD bestimmte außerschulische Akteure ausdrücklich aus und lehnt die Einbindung „politisch-ideologischer Lobbygruppen“ in schulische Bildungsprozesse ab. Diese Argumentation knüpft an zentrale Narrative der AfD und ihr Demokratieverständnis an. Eine fachbereichsübergreifende Gesamtstrategie für schulisch-außerschulische Kooperationen fehlt ebenso wie Qualitätsstandards, Unterstützungsstrukturen und eine Strategie zur stärkeren Nutzung außerschulischer MINT-Angebote. Auch über Schülerwettbewerbe hinausgehende Enrichment-Programme wie Schülerakademien oder Schülerlabore werden nicht thematisiert.

4. GESAMTEINORDNUNG AUS SICHT DES STIFTERVERBANDES

Lehrkräftebildung

Parteiübergreifend besteht Einigkeit darüber, dass dem Lehrkräftemangel mit einer Kombination aus Personalgewinnung, Entlastung und Qualifizierung begegnet werden muss. CDU, SPD und GRÜNE setzen dabei

vor allem auf Maßnahmen zur Personalbindung, bessere Arbeitsbedingungen, multiprofessionelle Teams sowie die Gewinnung international qualifizierter Lehrkräfte, während strukturelle Reformen der Lehrkräftebildung nur begrenzt verfolgt werden. Die AfD setzt mit der perspektivischen Gründung einer pädagogischen Hochschule auf eine umfängliche Strukturreform, deren Ziele sich jedoch aus dem Wahlprogramm kaum erschließen. Die LINKE legt das umfassendste Konzept vor, das Bedarfsplanung, Kapazitätsausbau, Quer- und Seiteneinstieg sowie die gezielte Einbindung von Hochschulen für Angewandte Wissenschaften miteinander verknüpft.

Insgesamt fällt auf, dass zentrale Zukunftsfragen wie die systematische Steuerung von Lehrkräftebedarf und -angebot, die Weiterentwicklung der Lehramtsstudiengänge und die Gewinnung von Lehrkräften für berufliche Schulen nur von wenigen Parteien umfassend adressiert werden. Keine einzige Partei adressiert explizit den Schwund entlang der Lehrkräfteausbildung, was aus Sicht des Stifterverbandes vordringlich wäre.

Schulische und außerschulische Potenzialförderung

Schulisch-außerschulische Kooperationen spielen in allen Berliner Wahlprogrammen eine Rolle, werden jedoch unterschiedlich stark gewichtet. Besonders umfassend greifen CDU, GRÜNE, SPD und DIE LINKE das Thema auf. Die CDU legt den Schwerpunkt auf Berufsorientierung, Ganzttag und institutionalisierte Partnerschaften mit Wirtschaft, Hochschulen und öffentlichen Einrichtungen. Die GRÜNEN verfolgen einen sozial-räumlichen Ansatz und setzen auf die Vernetzung von Schulen mit Kultur-, Bildungs- und Jugendeinrichtungen. Die SPD konzentriert sich vor allem auf Ganzttag, Demokratiebildung und die Zusammenarbeit mit außerschulischen Bildungsträgern. DIE LINKE hebt insbesondere die Bedeutung der außerschulischen Bildungslandschaft, politischer Bildung sowie von Jugend- und Freizeitangeboten hervor. Die AfD beschränkt sich weitgehend auf Berufsorientierung, musikalische Bildung und einzelne Wettbewerbsformate.

Trotz unterschiedlicher Schwerpunktsetzungen zeigen sich mehrere Leerstellen, die allen gemein sind. Keine Partei entwickelt eine ressortübergreifende Gesamtstrategie mit klaren Zielen, Qualitätsstandards, Zuständigkeiten und Unterstützungsstrukturen für schulisch-außerschulische Kooperationen. Ebenso fehlt bei allen Parteien eine systematische Strategie zur Nutzung außerschulischer Bildungsangebote zur Förderung von MINT-Kompetenzen. Die Potenziale außerschulischer Bildungsakteure für die Förderung von Basiskompetenzen, sozial-emotionalen und weiteren überfachlichen Kompetenzen werden vielfach nur punktuell berücksichtigt. Schließlich thematisiert keine Partei systematisch Enrichment-Programme mit nachgewiesener Wirksamkeit, insbesondere Schülerakademien, Schülerlabore oder Strategien zur Erhöhung der Teilnahme an Schülerwettbewerben. Dadurch bleiben wichtige Potenziale individueller Förderung und Talententwicklung weitgehend ungenutzt.

LITERATURVERZEICHNIS

Wahlprogramme

CDU Landesverband Berlin. (2026). *Berlin wird. Regierungsprogramm 2026–2031*. Beschlossen auf dem Landesparteitag am 9. Juni 2026.

SPD Landesverband Berlin. (2026). *Wieder Berlin mit Steffen Krach. Wahlprogramm zur Abgeordnetenhauswahl 2026*.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Berlin. (2026). *Politik ändern. Berlin bleiben. Wahlprogramm zur Abgeordnetenhauswahl 2026*. Beschlossen auf der Landesdelegiertenkonferenz am 14. und 15. Februar 2026.

Die Linke Landesverband Berlin. (2026). *Berlin bezahlbar machen. Wahlprogramm von Die Linke für die Abgeordnetenhauswahl am 20. September 2026*.

AfD Landesverband Berlin. (2026). *Berlin. Stark. Machen. Programm der AfD Berlin für die Wahlen am 20. September 2026*.

Sekundäre Literatur und Quellen:

Sachse, K. A., Schipolowski, S., Mahler, N., Weirich, S., Henschel, S., Heinze, A., Lindmeier, A., Köller, O., & Stanat, P. (Hrsg.). (2025). *IQB-Bildungstrend 2024: Mathematische und naturwissenschaftliche Kompetenzen am Ende der Sekundarstufe I im dritten Ländervergleich*. Waxmann. https://www.iqb.hu-berlin.de/media/documents/IQB_Bildungstrend2024_Berichtsband-6.pdf

Kultusministerkonferenz: Lehrkräfteeinstellungsbedarf und -angebot in der Bundesrepublik Deutschland 2023 – 2035. Zusammengefasste Modellrechnungen der Länder. Dokumentation Nr. 238. Dezember 2023. https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/Statistik/Dokumentationen/Dok_238_Bericht_LEB_LEA_2023.pdf

Robert Bosch Stiftung (2025): *Deutsches Schulbarometer: Befragung Lehrkräfte. Ergebnisse zur aktuellen Lage an allgemein- und berufsbildenden Schulen*. Stuttgart: Robert Bosch Stiftung.

Impressum

Essen, 2026

Herausgeber

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V.

Baedekerstraße 1 . 45128 Essen

T 0201 8401-0 . mail@stifterverband.de

www.stifterverband.org

Autorinnen und Autoren:

Bettina Jorzik

Christina Siebert-Husmann

Elena Tibi

Martin Beyerle

Zitationshinweis

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft: Wahlprogrammanalyse Berlin. Essen, 2026.
